

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Ulrike. - Wir haben eine Wortmeldung. Das Wort hat die Kollegin Gundula Lasch, Gewerkschaft ver.di, Teilnehmerinnennummer 374.

Gundula Lasch

Liebe Kolleginnen und Kollegen! In dem vorliegenden Antrag werden der wirtschaftliche Strukturwandel und die Herausforderungen an die Gewerkschaften für die Zukunft beschrieben, also für uns alle. Deshalb möchte ich Euch auf einen Aspekt aufmerksam machen, der aus unserer speziellen Sicht bislang etwas vernachlässigt wurde.

Ich selber bin freie Journalistin. Ich bin ehrenamtliche Vorsitzende von über 30.000 in ver.di organisierten Soloselbstständigen. Im Zusammenhang mit dem Stichwort „Wandel der Arbeitswelt“ wird immer von der Zunahme prekärer Beschäftigung gesprochen, von Leiharbeit, von Befristungen, von Werkvertragsunternehmen. Die Soloselbstständigen, die am Ende dieser Kette stecken, werden dabei oft vergessen. Sie sind in immer mehr Bereichen zu finden, und sie werden immer mehr.

Im Antrag steht, dass rund 28 Millionen Menschen mittlerweile in den Dienstleistungsbereichen beschäftigt sind. Fast jeder Zehnte davon ist soloselbstständig tätig, das heißt allein und auf eigene Kasse. Gerade vorgestern kam eine aktuelle Studie des Instituts für Mittelstandsforschung heraus, die zeigt, wie auffällig viele Selbstständige auf Grundsicherung angewiesen sind, nämlich genau in den Bereichen, die besonders vom Strukturwandel betroffen sind: in der Kunst, in der Kultur, in den Medien, aber auch immer mehr in Erziehung, Bildung, Pflege und Betreuung. Ein großer Teil dieser Betroffenen gehört zur Bildungselite unseres Landes. Das Argument der mangelnden Qualifizierung kann für diese Menschen nicht zutreffen, die oft ein Studium abgeschlossen haben und in anspruchsvollen Berufen unterwegs sind.

Auch Ausgliederungen in der Privatwirtschaft führen häufig zu einer Verlagerung der Risiken auf schwächere Schultern, was zum Beispiel bei den kleinen Selbstständigen zu niedrigen Einkommen führt. So steht es in der Studie. Die Hälfte derer, die trotz Berufstätigkeit aufstocken müssen, erzielen höchstens 3 Euro pro Arbeitsstunde, Kolleginnen und Kollegen, nicht 8,50 Euro, nicht 5 Euro: 3 Euro pro Arbeitsstunde.

Ich nenne Euch ein Beispiel. Es ist mittlerweile Usus, dass Journalisten mit 13 Cent pro Druckzeile entlohnt werden. Könnt Ihr Euch vorstellen, was man da verdient? Bei der großen Deutschen Presse-Agentur bekommt ein Journalist, der als Freiberufler Tagesdienst macht, 100 Euro brutto. Was eigentlich noch skandalöser ist: Dozenten an Volkshochschulen, die Integrationskurse geben, die Deutsch als Fremdsprache unterrichten, müssen trotz voller Stundenzahl aufstocken.

Wir halten das für einen politischen Skandal. Das sind Kolleginnen und Kollegen, die staatliche Hoheitsaufgaben erfüllen und mit einem Lohn oder Honorar nach Hause geschickt werden, mit dem sie hinterher aufs Amt gehen und aufstocken müssen. (Beifall)

Warum erzähle ich Euch das alles? Ich erzähle Euch das deswegen, weil ich Euren Blick schärfen möchte, weil ich an die Hauptamtlichen in allen Gewerkschaften, die hier sitzen, aber auch an Betriebs- und Personalräte, an Vertrauensleute appellieren möchte: Schaut Euch um, guckt Euch die Kollegen an, überlegt Euch, was Ihr mit den Selbstständigen, die früher Eure Kollegen waren - gerade an Bildungseinrichtungen ist es oft so, dass dieselben Kollegen, die früher angestellt waren, jetzt als Honorarkräfte tätig sind -, machen könnt. Versucht sie nicht nach dem Status zu beurteilen, sondern zu schauen, was Ihr

20. DGB-Bundeskongress – 5. Tag – 15. Mai 2014

Antragsberatung

kollektiv an Lösungen finden könnt. Ihr sitzt alle im selben Boot. Wir möchten, dass wir zusammen für unsere Rechte eintreten. Da haben wir wieder dieses „Würde kennt keine Ausnahme“. Wir möchten auch nicht zulassen, dass Selbstständige zur Billigkonkurrenz von abgesicherter Arbeit werden. Das würde nämlich passieren, wenn wir uns nicht zusammentun.
(Vereinzelt Beifall)

Wir haben unheimlich Zuwächse in diesem Bereich. Wir haben immer mehr Leute aus dem selbstständigen Bereich, die eintreten. Wir haben leider auch immer mehr, die wieder austreten, wenn sie ihren Job verlieren. Haltet die Kollegen dabei! Versucht sie einzubeziehen, unabhängig davon, welchen Status sie gerade haben.

Als kleines Beispiel möchte ich Euch noch Folgendes sagen: Dazu ist es nötig, dass die Gewerkschaften miteinander arbeiten, die im DGB unter einem Dach sitzen. In Wissenschaftseinrichtungen, in Bildungseinrichtungen, in Schulen und Volkshochschulen sind oft Kolleginnen und Kollegen von GEW und ver.di organisiert. Da gibt es aus meiner Sicht bisher noch viel zu wenig Zusammenarbeit. Wir möchten, dass es völlig egal ist, ob jemand da oder dort organisiert ist. Wenn er unter dem Dach des DGB organisiert ist, muss es möglich sein, gemeinsame Projekte zu machen, Belegschaften zusammenzuhalten, auch über Statusgrenzen hinweg und dadurch schlagkräftiger zu werden. Denn gerade in der Bildung geht es für ihre Rechte im Moment bergab. Es gibt immer mehr Kollegen, die gerne aktiv werden und sich für ihre Rechte einsetzen möchten. Dafür bitte ich um Eure Unterstützung. - Danke. (Beifall)